



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Albert Duin, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Into Space IV: Internationalen Weltraumvertrag aktualisieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen für die Aktualisierung des internationalen Weltraumvertrages einzusetzen. Dabei sind besonders folgende Eckpunkte zu berücksichtigen:

- Sicherstellung allgemeiner Nutzungsrechte und Erteilung exklusiver Nutzungsrechte für Himmelskörper oder Teile von Himmelskörpern, die mittels eines Ausschreibungsverfahrens durch eine bei der UN angesiedelte Organisation gestaltet werden
- Klärung der Bedingungen für den Weltraumbergbau inklusive der zugehörigen Schürfrechte und Abbaubedingungen
- Einführung einer internationalen Einigung auf Verkehrsregeln für Satelliten und Aufteilung möglicher Umlaufbahnen zwischen den Betreibern der Satelliten
- Ausarbeitung von Regularien zur Vermeidung und zum Abtransport von Weltraumschrott
- ein „Space-Debris-Trade-System“, wonach jede Tonne Müll im Weltall über ein Zertifikat nachverfolgbar ist, inklusive einer Deckelung des Weltraumschrotts, die sich danach bemisst, was nach wissenschaftlichem Konsens als zulässige Höchstmenge für ein kontrollierbares Risiko für Kollisionen mit dem Müll angesehen wird

Begründung:

In den letzten Jahren ist mit der privaten Luft- und Raumfahrt ein florierender Markt entstanden. Private Unternehmen starten Raketen, bringen Satelliten in die Umlaufbahn und bereiten Angebote für die zivile Luftfahrt vor. Mit dieser Zunahme an Flugkörpern erhöht sich aber auch der Bedarf an Regelungen, da der Weltraumvertrag von 1967 viele der oben beschriebenen Notwendigkeiten nicht berücksichtigt. Alle internationalen Weltraumverträge sind noch aus dem letzten Jahrhundert und spiegeln die aktuelle Lage nur bedingt wider. Seit der Einführung des ersten Weltraumvertrages 1967 und den folgenden Aktualisierungen hat sich die Luft- und Raumfahrt gewandelt. Insbesondere der New-Space-Bewegung kann dieses Abkommen keine Rechnung tragen. Deswegen sollen die Aktualisierungen den neuen Umständen Rechnung tragen und die Verhältnisse eindeutig klären.